



Kurzbericht

10.04.2007

Kleine Schritte im politischen Dialog in Mazedonien

Mit dem Auszug der Abgeordneten der größten albanischen Oppositionspartei DUI aus dem Parlament Anfang des Jahres geriet der sog. politische Dialog ins Stocken. Während man in Regierungskreisen schon fast gereizt ist, nur wenn wieder mal nur der Begriff erwähnt wird, kritisiert die EU-Delegation in Skopje den Mangel an Bereitschaft auf beiden Seiten, sich wieder einander anzunähern. Mit den Gesprächsangeboten des Premiers an den Parteichef der DUI ging es nur schleppend voran. Auch die Bereitschaft, sich auf eine Liste mit Gesetzen zu einigen, die nach der Badinter Mehrheit beschlossen werden sollen, brachte keine großen Fortschritte. Mit der Entscheidung der Parteispitze der PDP aus der Koalition mit der DUI auszuscheren, könnte sich eine neue Entwicklung anbahnen.

Am 16. Januar dieses Jahres beschloss das Zentralkomitee der größten albanischen Oppositionspartei DUI¹, ihre Arbeit im Parlament sowie den Ausschüssen einzustellen und den Auszug der Abgeordneten aus dem Parlament. Unter den 16 MP's befanden sich auch drei Abgeordnete des Koalitionspartners PDP². Die PDP war bei den Kommunalwahlen 2005 noch mit der DPA³ in einer Koalition, deren Parteichef überwarf sich allerdings vor den Wahlen mit dem Vorsitzenden der DPA und koalierte dann mit der linken DUI. Jedoch machte die Regierung (VMRO-DPMNE und DPA) seit Anfang an der PDP das Angebot, sie in die Regierung zu integrieren und das Ministerium für Lokale Selbstverwaltung dafür bereit zu halten.

Seit den Wahlen im Juni 2006 protestierte die DUI monatelang erfolglos für eine Integration in die Regierung, seit einiger Zeit richtet sich der Widerstand immer mehr gegen die Gesetze, die nach Auffassung der DUI nur mit der Doppelten Mehrheit⁴ (Badinter Mehrheit) verabschiedet werden dürfen. Die DUI hat damit einen wichtigen Trumpf in der Hand, denn ohne sie und ihre Abgeordneten kann die Regierung den zweiten Teil der Doppelten Mehrheit, nämlich die Mehrheit der Minderheitenabgeordneten im Parlament, nicht bekommen.

Premierminister Gruevski sah sich von Vertretern der internationalen Gemeinschaft, allen voran der EU-Delegationschef Fourere, heftiger Kritik ausgesetzt, zuwenig für den Dialog mit der DUI zu tun. Während die DUI anfangs noch Einladungsschreiben zu Gesprächen des Premiers ignorierte und auf Treffen nach ihren Bedingungen bestand, wendete sich die Meinung der Diplomaten, die danach auch den Parteichef der DUI Ali Ahmeti rügten. Nach einem kürzlich stattgefundenen mehrstündigen Treffen mit der amerikanischen Botschafterin,

¹ DUI steht für Demokratische Union für Integration, auf albanisch BDI; <http://www.bdi.org.mk/>

² PDP steht für Partei für demokratischen Wohlstand, auf albanisch ebenso; keine Website

³ DPA steht für Demokratische Partei der Albaner, auf albanisch PDSH; <http://www.gurra-pdsh.org/>

⁴ Die Doppelte Mehrheit sind die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament (mindestens 61) und die Mehrheit der Minderheitenabgeordneten (mindestens 19). Während die Regierungskoalition auf mindestens 65 Sitze kommt, hat sie lediglich 14 Minderheitenabgeordnete in den eigenen Reihen.

verließ Ahmeti die Botschaft ohne Kommentar und mit enttäuschtem Blick. Kurz darauf kam es Mitte März zu einem „Gipfeltreffen“, von dem wenig nach außen drang. Fest steht, dass man sich auf eine Kommission zur Festlegung der Gesetze, die nach der Badinter Mehrheit verabschiedet werden müssen, geeinigt hat. Jedoch ist die Vorstellung der DUI, dass nahezu alle Gesetze mit der Doppelten Mehrheit verabschiedet werden müssen, um ihre Schlüsselposition ausspielen zu können. Ziel der DUI ist es nach wie vor, die Beteiligung an der Regierung zu erreichen und weniger, die Gesetze nach ihren Vorstellungen zu gestalten, denn der Parlamentsarbeit bleibt die DUI aber weiter fern.

Die gemeinsame Kommission hat bislang bereits rund 40 Gesetze identifiziert, auf die man sich einigen kann, weitere 18 kommen noch zur Prüfung. Premier Gruevski kritisierte am vergangenen Montag die Forderungen der DUI: „Jemand kann nicht daherkommen und eine zwei Meter lange Liste mit Gesetzen vorlegen und keine Begründung dafür liefern.“ Weiter sagte er, dass man das Ochrid Rahmenabkommen (OFA) achte, es sollte allerdings nicht missbraucht werden. Professor Ljubomir Frckovski, einer der Autoren des OFA, der regelmäßig Kolumnen in den Tageszeitungen schreibt, beschuldigte in den letzten Wochen sowohl Opposition als auch Regierung für den „Missbrauch“ des OFA. Ihm jedoch ist es vielmehr zu verdanken, dass bei der Ausarbeitung des OFA im Jahre 2001 eine Liste mit Gesetzen, die der Doppelten Mehrheit bedürfen, schlichtweg vergessen wurde. Ebenso findet sich im Text auch kein Regelwerk, wie die Gesetze identifiziert werden könnten.

Neue Bewegung könnte nun durch den Beschluss des PDP Vorstandes von gestern kommen. Parteichef und Parlamentsabgeordneter Adhulati Vejseli will die Koalition mit der DUI verlassen. Während die beiden anderen Abgeordneten der PDP, Safet Neziri und Blerim Bexheti der Sitzung fern blieben und erklärten, weiterhin Abgeordnete der DUI-PDP Koalition zu bleiben, entgegnete der Generalsekretär Elezi, dass der Beschluss des Vorstandes für alle bindend sei. Selbst wenn nur Parteichef Vejseli die Koalition mit seiner Partei verlässt und die beiden MP's bleiben, wäre es für die DUI der zweite Abgeordnete aus ihren Reihen, der die Parteikoalition innerhalb der letzten acht Monate verlassen hat. Erziehungsminister Rushiti von der DPA erklärte, dass der Schritt vorhersehbar war und hoffe, dass die Partei (DUI) nun aufhört, von einem Stillstand im politischen Dialog zu sprechen und anfängt, über wirkliche Themen zu reden.

Fazit:

Die Luft für Ali Ahmeti wird dünner, wenn weitere Abgeordnete seiner Koalition sich abwenden oder die Kündigung der Koalition durch die PDP mit dem Eintritt der Partei in die Regierungskoalition endet. Sein Konzept, durch Proteste eine Regierungsbeteiligung zu erzwingen scheiterte bereits. Der Boykott des Parlaments schadet zunehmend seinem politischen Ansehen und dies nicht nur bei den Vertretern der internationalen Gemeinschaft. Ahmeti steckt in einer bedauernswerten Lage, er kann nicht ins Parlament zurückkehren ohne bei seinen Anhängern gleichzeitig als Verlierer dazu stehen. Es mag paradox klingen, aber gerade die Regierungsparteien VMRO-DPMNE und DPA müssten nun der oppositionellen DUI entgegenkommen und ihr helfen, um eine weitere Isolation der DUI zu verhindern. Dies würde auch den Regierungsparteien international zu mehr Ansehen verhelfen und das Thema des „fehlenden politischen Dialogs“ endlich los zu werden. Außerdem wäre dies ein weiterer Schritt nach vorn in Richtung demokratischer Kultur.

Ulrich Kleppmann